

**Leitantrag der ÖVP Frauen**  
22. ordentlicher Bundestag

Graz, 10. November 2018



## Leitantrag der ÖVP Frauen 2018

I	Vorwort .....	3
II	Arbeit und Einkommen .....	5
III	Familien und Kinderbetreuung .....	11
IV	Bildung und Ausbildung .....	15
V	Gesundheit und Pflege .....	19
VI	Pension .....	23
VII	Gewaltschutz .....	27



## I Vorwort

Als Bundesleiterin der ÖVP Frauen möchte ich gemeinsam mit euch Frauen ermutigen, Frauen ermächtigen und Frauen darin bestärken, ihr Potential zu nutzen. Dafür lasst uns gemeinsam die politischen Rahmenbedingungen schaffen! Ich möchte, dass wir miteinander und füreinander arbeiten. Unsere vielfältigen Lebensrealitäten werden eine Bereicherung für gemeinsame Entscheidungen sein.

Die ÖVP Frauen sind und werden eine politische Kraft für Frauen in ganz Österreich sein. Mit euch allen möchte ich mutig die neue Frauenpolitik in diesem Land gestalten. Denn Mut und Macht gehören für mich zusammen. Beides muss frau sich erarbeiten und dazu braucht es die Unterstützung von Frauen und das Verständnis der Männer.

Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit!



**Dr. in Juliane Bogner-Strauß**  
Bundesleiterin & Bundesministerin  
für Frauen, Familien und Jugend



## II Arbeit und Einkommen

Chancengerechtigkeit darf nicht nur ein Schlagwort sein, daher fordern wir: Gleiche Rechte – gleiche Chancen – gleiches Einkommen!

## Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Frauen müssen für ihre Leistungen gerecht entlohnt werden. Dafür brauchen wir mehr Transparenz bei den Einkommen; das Ziel ist ein bundesweit einheitlicher Einkommensbericht. Dieser Einkommensbericht soll einheitliche statistische Kennzahlen beinhalten und einmal jährlich publiziert werden. Außerdem sind die Unternehmen gefordert, ihre betriebsinternen Einkommensberichte nach Erstellung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen.

## Rückkehr in die Vollzeitarbeit

Frauen sind heute besser ausgebildet denn je zuvor. Daher gilt es, ihr Potential entsprechend zu nutzen und Frauen auf ihrem Berufsweg zu stärken. Frauen entscheiden sich nach der Geburt von Kindern allerdings oft für die Teilzeitarbeit, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Unternehmen sollten daher über die Möglichkeiten einer Rückkehr in die Vollzeitarbeit und über Möglichkeiten der Flexibilisierung informieren sowie Frauen dabei unterstützen, wenn der Wunsch nach Vollzeit besteht.

## Frauen in Führungs- und Spitzenpositionen

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. Daher sollten Frauen auch in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und in der (Selbst-)Verwaltung entsprechend repräsentiert sein – vor allem auch in Führungspositionen, da sie hier bislang erheblich unterrepräsentiert sind und das, obwohl heute mehr Frauen ein Studium abschließen und Matura machen.

Daher fordern wir eine Frauenquote von 30 Prozent in den Aufsichtsräten und auf Vorstandsebene. Der Bund hat bei der Frauenquote eine wichtige Vorreiterrolle übernommen: Bis Ende 2018 sollte in allen Unternehmen mit mehr als 50 Prozent Staatsanteil eine Frauenquote in Führungspositionen von 35 Prozent erreicht werden, dies ist mit durchschnittlich 47 Prozent bereits übererfüllt. Hier zeigt sich, Quote sorgt für mehr Gerechtigkeit.

## Frauen und Politik

Auch in den politischen Gremien sollen Frauen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsentiert sein. Mit dem Reißverschlussystem bei der Erstellung von Wahllisten hat die ÖVP einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Es sind jetzt mehr Frauen in politischen Funktionen tätig, aber wir haben unser Ziel einer paritätischen Besetzung noch nicht erreicht. Mit Mentoring/Coaching-Programmen wollen wir Frauen zusätzlich motivieren, politische Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere ist uns die positive Darstellung der politischen Arbeit durch Role Models wichtig. Denn nur wer mitentscheidet, kann auch mitbestimmen!

### **Neubewertung der Arbeit**

Frauen arbeiten wesentlich häufiger in Branchen, in denen die Gehälter niedriger sind als in männlich dominierten Berufsfeldern. Daher ist hier dringend eine Aufwertung und faire Entlohnung notwendig, insbesondere im Bereich der Pflege- und Sozialberufe sowie im Handel und in der Pädagogik.

### **Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen**

Wer in Karenz geht, soll keine beruflichen Nachteile haben. Die Anrechnung von bis zu 24 Monaten Karenz bei Gehaltsvorrückungen, Urlaubsansprüchen, Kündigungsfristen, Entgeltfortzahlungen und als Vordienstzeit soll in allen Kollektivverträgen verankert werden. Außerdem müssen weitere Initiativen gesetzt werden, um sowohl die Lohn- als auch die Pensionsschere zu schließen.

### **Digitalisierung als Chance**

Frauen aus dem ländlichen Raum brauchen andere Rahmenbedingungen als in den Städten. Hier bietet die Digitalisierung bzw. die Schaffung von Homeoffice-Arbeitsplätzen die Chance, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Zudem können durch die Digitalisierung qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort in den Regionen geschaffen werden. Diese bringen kurze Wege für Familie und Beruf.



### III Familien und Kinderbetreuung

Familien brauchen Wahlfreiheit – dabei müssen sowohl die Bedürfnisse jener Eltern, die sich für einen früheren Wiedereinstieg ins Berufsleben entscheiden, als auch jener, die dies erst später tun, Berücksichtigung finden. Kinder sind Bereicherung und Zukunft – Familien brauchen Unterstützung und Zeit für einander.

## Ausbau der Kinderbetreuung

Eine qualitätsvolle Kinderbetreuung orientiert sich an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern. Daher braucht es den weiteren Ausbau des leistbaren und qualitätsvollen Betreuungsangebotes für unsere Kinder, vor allem auf unter 3-Jährige soll hier ein Fokus im Ausbau gelegt werden, sowie flexiblere Öffnungszeiten für alle Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab 2 Jahren ist anzustreben.

Zusätzlich fordern wir den weiteren Ausbau des Betreuungsangebotes durch Tageseltern und eine Aufwertung des Berufsbildes der Tageseltern, da sich diese Form der Kinderbetreuung vor allem in den „Randzeiten“ und im ländlichen Raum bewährt. Auch bei der Gründung von Betriebskindergärten sind Erleichterungen anzustreben und Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, familienfreundlichere Rahmenbedingungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Betreuungspflichten anbieten zu können.

## Schulische Nachmittagsbetreuung und Schulferien

Um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Schule für Schülerinnen/Schüler sowie Eltern und Lehrerinnen/Lehrer weiter zu optimieren, ist einerseits der weitere Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung und andererseits eine bessere Verteilung der Ferienzeiten, insbesondere die Einführung von Herbstferien unter Einbindung der Schulpartnerinnen und Schulpartner, notwendig.

Zudem wollen wir, dass das professionelle Ferienbetreuungsangebot erweitert wird, da Ferienzeiten oft eine besondere Herausforderung für berufstätige Eltern sind. Außerdem fördert ein entsprechendes Ferienangebot auch die Integration von Kindern mit anderen Muttersprachen als Deutsch.

## Nachhaltige Familienpolitik

Unser Ziel war und ist, dass Familien besser unterstützt werden und auch ausreichend Geld zur Verfügung haben. Der Familienbonus plus vermindert direkt die zu zahlende Steuerlast und hat damit die 5-fache Wirkung des Kinderfreibetrags. Auch Familien, die keine Steuern zahlen, und Familien mit Kindern über 18 Jahren, die Familienbeihilfe beziehen, werden vom Familienbonus plus profitieren. Weitere zielgerichtete Unterstützungen, die Familien bzw. Kinder in prekären Situationen unterstützen, sind angedacht.

## Unterhaltsvorschussgesetz

Kinder von Alleinerziehenden sind im Vergleich doppelt so oft von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Einer der Hauptgründe sind unzureichende oder fehlende Unterhaltszahlungen. Der Unterhaltsvorschuss dient der Sicherstellung des Unterhalts von minderjährigen Kindern, wenn ein Elternteil seinen Verpflichtungen zur Zahlung nicht oder nicht regelmäßig nachkommt. Damit der Unterhaltsvorschuss rechtzeitig und in ausreichender Höhe bei den Betroffenen ankommt, fordern wir, das Unterhaltsvorschussgesetz zu verbessern.





## IV Bildung und Ausbildung

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

## Schule

Unser Ziel ist, dass Kinder und Eltern weiterhin die Möglichkeit haben, aus einem differenzierten Angebot an Schultypen und Schulformen die passende Schule auszuwählen. Der Unterricht soll dahingehend gestaltet werden, dass geschlechterspezifische Zuschreibungen bzw. Unterscheidungen vermieden werden.

Im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung, die neben großen Chancen auch neue Herausforderungen mit sich bringt, besonders in der Medienerziehung und im sicheren Umgang mit dem Internet, spielt der Erwerb von Medienkompetenz eine zentrale Rolle. Deshalb wollen wir, dass sowohl Pädagoginnen/Pädagogen als auch Schülerinnen/Schüler sowie Eltern bestmöglich auf diese digitalen Herausforderungen vorbereitet werden. Digitale Kompetenz zu erwerben, könnte auch Teil eines qualitativ hochwertigen Ferienprogrammes sein.

## Berufsorientierung

Frauen und Mädchen sollen sich frei entscheiden können, welche Ausbildung sie machen und welchen Beruf sie ergreifen – Ziel ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Da Frauen jedoch häufiger in niedrig entlohnten Branchen und Berufen arbeiten, sollten vor allem junge Frauen besser über mögliche Ausbildungen und Berufe informiert sowie dazu ermutigt werden, auch technisch-naturwissenschaftliche Berufe zu wählen.

## Sprachförderung

Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zur Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass insbesondere Frauen und Mädchen, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, Zugang zu entsprechenden Sprachkursen haben.



## V Gesundheit und Pflege

## Gendermedizin: Optimale Diagnose und Behandlung

Frauen und Männer sind anders krank. Dennoch ist in der Medizin der Prototyp Patient nach wie vor männlich und Frauen werden oft wie „kleine Männer“ behandelt. Unser Ziel ist eine flächendeckende gendergerechte medizinische Vorsorge und Versorgung. Daher muss die Gendermedizin weit mehr als bisher Eingang in die Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten finden. Alle medizinischen Maßnahmen müssen hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht und berücksichtigt werden, insbesondere bei der Entwicklung von Medikamenten, denn auch hier brauchen wir eine gendergerechte Definition. Auch bei der Vergabe von Mitteln zur Forschungsförderung soll besonderes Augenmerk auf Gendergerechtigkeit gelegt werden.

## Vorsorgeuntersuchungen

Früherkennung kann Leben retten, daher ist rechtzeitige Vorsorge die beste Vorsorge. Es ist uns ein großes Anliegen, noch besser über die Möglichkeit von Vorsorgeuntersuchungen, insbesondere der Brust- und Darmkrebsvorsorge, zu informieren und die Wichtigkeit zu unterstreichen. Denn je früher eine Krebserkrankung erkannt wird, desto besser ist sie behandelbar. Bei der Vorbeugung von Gebärmutterhalskrebs spielt die rechtzeitige Impfung gegen HP-Viren eine zentrale Rolle. In Österreich wird die HPV-Impfung für alle Kinder im Alter von neun bis zwölf Jahren kostenfrei angeboten, auch hier wünschen wir uns noch mehr Aufklärung und Sensibilisierung, denn hier ist klar erforscht, dass die HPV-Impfung vor Krebs schützt.

Bei der Osteoporose, von der hauptsächlich Frauen betroffen sind, ist vor allem die rechtzeitige Vorsorge entscheidend für den therapeutischen Erfolg. Daher wollen wir, dass die Vorsorgeuntersuchungen bereits ab dem 45. Lebensjahr durchgeführt werden können, und zwar österreichweit einheitlich und auf Krankenschein. Gesundheit steht im Mittelpunkt, daher muss im Interesse der Patientinnen alles unternommen werden, um nicht nur eine bestmögliche Versorgung, sondern vor allem auch eine bestmögliche Vorsorge zu gewährleisten.

## Pflege

Frauen leisten den Großteil der Pflegearbeit von Angehörigen, die zuhause betreut werden. Dadurch können sie oftmals keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen und haben Einbußen beim Gehalt. Die Pflege zuhause soll attraktiver werden, z.B. durch Ausweitung von Pflegekarenz bzw. Pflgeteilzeit, allerdings muss es sowohl für die pflegende als auch für die zu pflegende Person fair sein. Wir wollen, dass die Pflegenden für ihre Arbeit entsprechend entlohnt werden, indem sie beispielsweise Anspruch auf einen Teil des Pflegegeldes und der Pension haben. Zusätzlich soll diese Zeit der Pflegearbeit für die Pension der Pflegenden angerechnet werden.



## VI Pension

Frauen sind fast doppelt so häufig von Altersarmut betroffen wie Männer. Daher müssen wir dringend Maßnahmen setzen, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

## Anrechnung von Kindererziehungszeiten

Der große Unterschied bei der Pensionshöhe hat mehrere Gründe; einer davon ist, dass Frauen häufiger in Karenz gehen und danach oftmals länger Teilzeit arbeiten. Deshalb fordern wir, dass die Kindererziehungszeiten besser berücksichtigt werden. Es sollen vier Jahre pro Kind, sowohl pensionsbegründend als auch pensions erhöhend, angerechnet werden und der Abstand der Geburten darf keinen Unterschied mehr machen.

## Teilzeit

In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Frauen in Teilzeitjobs mehr als verdoppelt und das, obwohl das Kinderbetreuungsangebot sehr stark ausgebaut wurde und mehr Frauen denn je eine ausgezeichnete Ausbildung haben. Einen gewissen Zeitraum Teilzeit zu arbeiten, ist eine gute Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. In den meisten Familien wird diese Möglichkeit von Frauen in Anspruch genommen, dies wirkt sich jedoch nicht nur auf ihr Einkommen, sondern in späterer Folge auch auf ihre Pension aus. Daher fordern wir eine bessere Aufklärung über die Auswirkungen von Teilzeitarbeit, auch ein Pensionsrechner könnte hier sehr hilfreich sein. Außerdem braucht es mehr Bewusstseinsbildung für eine partnerschaftliche Aufteilung bei der Kindererziehung. Denn Kindererziehung ist Elternarbeit, hier sind Mütter und Väter gleichermaßen gefordert.

Viele Unternehmen haben Familienfreundlichkeit bereits als Wirtschaftsfaktor erkannt. Hier gilt es, Unternehmen noch weiter dazu zu bewegen, über Unternehmensbindung, Wiedereinstiegmöglichkeiten, flexiblere Arbeitszeiten und eine Rückkehr in die Vollzeit zu informieren.

## Pensionssplitting

Seit der Einführung des Pensionssplittings im Jahr 2005 wurden weniger als 900 Anträge gestellt, dabei ist es für jenen Elternteil, der sich nach der Geburt eines Kindes hauptsächlich der Betreuung widmet, nur fair, wenn diese Zeit entsprechend für die Pension angerechnet wird. Daher fordern wir die Einführung eines automatischen Pensionssplittings mit einer Opt-out-Möglichkeit, d.h., nach der Geburt eines Kindes werden die Pensionsversicherungsbeiträge antragslos auf beide Elternteile aufgeteilt. Derzeit können die Pensionsversicherungsbeiträge bis zum 7. Lebensjahr des Kindes geteilt werden. Wir fordern eine Ausdehnung bis zum 10. Lebensjahr, um beispielsweise die Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit besser auszugleichen. Zudem soll das Pensionssplitting auch dann ermöglicht werden, wenn Angehörige gepflegt werden.



## VII Gewaltschutz

Frauen müssen sich sicher fühlen können – wir brauchen mehr Schutz vor Gewalt gegen Frauen sowie bessere Aufklärung und mehr Präventionsmaßnahmen.

## **Strafrahmen**

Die Verschärfung von Strafen für Gewalt- und Sexualdelikte ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Sicherheit und mehr Schutz vor Gewalt gegen Frauen.

## **Betreuung von Betroffenen**

Neben der Anhebung des Strafrahmens für strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung fordern wir, die professionelle Betreuung der Opfer von Gewalt weiter auszubauen sowie einen Opferfonds für Opfer von sexuellen Straftaten einzurichten.

## **Aufklärungsarbeit**

Wir brauchen mehr Aufklärungsarbeit bereits in den Kindergärten und Schulen, um sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Pädagoginnen und Pädagogen zu sensibilisieren und das Thema Gewalt, vor allem auch sexuelle Gewalt, aus der Tabuzone herauszuholen. Zusätzlich müssen wir mehr in Präventionsmaßnahmen investieren, das heißt mehr Maßnahmen zur Gewaltvermeidung auf Täterebene setzen, um mögliche Gefahren rechtzeitig zu erkennen und bestenfalls zu verhindern.

## **Hass im Netz**

Unser Ziel ist, den zunehmenden Hass, Diskriminierungen und Ausgrenzungen im Internet zu bekämpfen. Mittels der De-Anonymisierung von z.B. E-Mail-Konten könnte die Verbreitung von Hassbotschaften besser verhindert und Betroffene dabei unterstützt werden, sich entsprechend zu wehren.





Impressum: ÖVP Frauen, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien,  
Tel.: 01/40 126-305, frauen@oevp.at

Fotos: istock/Anchiy, istock/nd3000, istock/vgajic, fotolia/Viacheslav Iakobchuk, fotolia/drubig-photo, istock/SimonLukas